

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2026 im Rat der Stadt Oberhausen am 15.12.2025

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Stadtgesellschaft,
liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener,

das Haushaltsrecht des Rates ist ein fundamentales, grundgesetzlich verbrieftes Recht und elementarer Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb ist es mir als Oberbürgermeister eine besondere Ehre heute erstmalig dem Rat der Stadt einen Haushaltsplanentwurf zur Beratung vorzulegen. Es ist ein besonderer Moment – und es ist, das will ich von Beginn an offen sagen, einer der schwierigsten Momente, in denen man als Oberbürgermeister einen Haushalt im Rat der Stadt einbringen kann.

Deutschland befindet sich in einer wirtschaftlich angespannten Lage. Das Wachstum stagniert, es herrscht Unsicherheit. Das belastet private Investitionen – und ohne private Investitionen gibt es keine neuen Arbeitsplätze, keine wirtschaftliche Stabilität und keine starken Innenstädte. Gerade deshalb ist das, was heute auf dem Tisch liegt, keinesfalls selbstverständlich: ein Haushaltsplanentwurf 2026, der genehmigungsfähig ist, und ein klarer Pfad, der spätestens im Jahr 2033 den Haushaltsausgleich vorsieht. Das ist keine Kleinigkeit. Das ist ein Ergebnis harter, gemeinsamer Arbeit.

Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. Zunächst bei unserem Stadtkämmerer und dem gesamten Team der Kämmerei, das in den vergangenen Monaten unter hohem Zeitdruck und mit großer Professionalität gearbeitet hat. Mein Dank gilt aber genauso allen Dezernaten, allen Bereichen und Fachbereichen, den beteiligten Abteilungen der SBO, allen Beteiligten, die ihre Ansätze, ihre Projekte, ihre Sorgen, aber auch immense Sparbeiträge eingebracht haben. Diese Haushaltsaufstellung hat gezeigt: Die Stadtverwaltung funktioniert. Sie arbeitet konstruktiv zusammen, auch wenn es weh tut, auch wenn Interessen kollidieren. Das ist in diesen Zeiten ein starkes Signal.

Ich bin noch nicht lange im Amt, aber ich habe mich ganz bewusst für diese Verantwortung entschieden. Ich wusste, worauf ich mich einlasse. Und doch muss ich offen sagen: Das sich abzeichnende Jahresergebnis 2025 ist niederschmetternd. Wir werden nach aktuellem Stand

ein Jahresergebnis von rund minus 110 Millionen Euro ausweisen – etwa 27 Millionen Euro schlechter als noch vor einem Jahr geplant. Das tut weh. Das erschreckt. Das verunsichert.

Meine Damen und Herren,

Oberhausen ist eine Stadt, die seit jeher von harter und ehrlicher Arbeit geprägt ist. Von Menschen, die anpacken, wenn es schwierig wird. Von einer Stadtgesellschaft, die in Krisen zusammenrückt. Genau diese Haltung brauchen wir jetzt wieder – in besonderem Maße. Denn wir befinden uns in einer veritablen, finanziellen Krise. Unsere Haushaltssituation ist prekär. Wir stehen vor einer Phase, in der wir gemeinsam – Rat und Verwaltung – mit höchster Disziplin, mit großer Ernsthaftigkeit und mit enormem Verantwortungsbewusstsein handeln müssen.

Wir werden ein Haushaltssicherungskonzept brauchen, das den Namen verdient. Nicht, weil es schön klingt, sondern weil es notwendig ist, um die Handlungsfähigkeit und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten. Ohne zusätzliche konsolidierende Maßnahmen werden wir den Pfad zurück zu einem ausgeglichenen Haushalt nicht schaffen. Das wäre am Ende leider nicht nur eine abstrakte Zahlendiskussion, sondern würde unsere Fähigkeit beeinträchtigen, Schulen zu sanieren, Straßen in Ordnung zu halten, soziale Angebote zu sichern und in Klimaschutz und wichtige Zukunftsprojekte zu investieren.

Schmerzhaftes Einschnitte werden sich daher nicht vermeiden lassen. Das ist die unangenehme Wahrheit. Aber es kommt jetzt entscheidend darauf an, wie wir mit dieser Situation umgehen. Wir dürfen uns nicht in eine Schockstarre hineinreden, dürfen nicht aus Angst vor der Komplexität der Aufgabe in den Stillstand verfallen. Genauso dürfen wir uns aber nicht zu unüberlegten Schnellschüssen hinreißen lassen, nur um kurzfristig „Handlungsfähigkeit“ zu demonstrieren.

Wir werden Interessen, Bedarfe und Notwendigkeiten sorgsam gegeneinander abwägen und dennoch Entscheidungen treffen, die unbequem sind, die kritisiert werden, die weh tun. Aber sie müssen richtig sein – richtig im Sinne der Menschen, die hier leben.

Ich werde als Oberbürgermeister alles daransetzen, dass wir bei allen Einsparungen immer die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt im Blick behalten.

Wenn wir fragen, was wir aus eigener Kraft tun können, um wieder bessere Zeiten zu erleben, dann lautet meine erste Antwort: Teamgeist.

Wir werden diese Situation nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung bewältigen. Es reicht nicht, Sparlisten zu beschließen und im stillen Kämmerlein zu hoffen, dass die Zahlenreihen schon irgendwie aufgehen. Wir brauchen eine offene, ehrliche Kommunikation. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger, die Verbände und Vereine, die Träger der Wohlfahrtspflege, die vielen Engagierten in Stadtteilen und Quartieren mitnehmen. Nur wenn wir erklären, warum wir bestimmte Entscheidungen treffen, welche Alternativen geprüft wurden, welche Folgen ein „Weiter so“ hätte, werden die Menschen auch schmerzhaft Einschnitte nachvollziehen können – selbst wenn sie ihnen nicht gefallen.

In Zeiten, in denen das Vertrauen in Politik und staatliche Institutionen vielerorts bröckelt, ist das von unschätzbbarer Bedeutung. Die Funktionsfähigkeit unserer Stadtgesellschaft hängt davon ab, dass wir Vertrauen nicht weiter verspielen, sondern zurückgewinnen. Ich danke deshalb schon heute allen, die sich in den kommenden Monaten und Jahren dieser wichtigen Aufgabe stellen – in der Verwaltung, in der Politik, in den Verbänden, Vereinen und Initiativen.

Die zweite Antwort ist: Ausgabendisziplin. Wir werden jeden Euro zweimal umdrehen müssen, bevor wir ihn ausgeben. Das klingt nach einer Floskel, ist aber eine handfeste Notwendigkeit. Es wird nicht mehr jede gute Idee sofort in ein Projekt münden können. Wir werden priorisieren müssen: Was ist für die Stadtentwicklung unverzichtbar? Wo sichern wir Lebensqualität, Infrastruktur, Bildung, soziale Stabilität? Und wo müssen wir Dinge verschieben, strecken oder auch ganz lassen?

Zur Ausgabendisziplin gehört unmittelbar die Frage der Effizienz. Wir müssen ehrlich prüfen, wo wir mit den vorhandenen Ressourcen mehr Wirkung erzielen können. Das betrifft in besonderem Maße den Personaleinsatz. Ich weiß, wie hoch die Belastung vieler Beschäftigter in der Verwaltung bereits heute ist. Ich weiß, dass wir in vielen Bereichen ein Mehr an Aufgaben, aber kein Mehr an Menschen sehen. Und doch gilt: Wir müssen noch stärker darauf achten, dass wir unsere personellen Ressourcen strategisch sinnvoll einsetzen, Doppelstrukturen vermeiden, Prozesse vereinfachen und neue Technologien klug nutzen.

Ein ganz wichtiger Schritt ist das neue zentrale Fördermanagement, das wir zum 1. Januar 2026 endlich an den Start bringen. Bereits 2015 hatte der Rat beschlossen, ein solches Fördermanagement einzurichten. Es folgten mehrere Sachstandsberichte, die klar gemacht haben, dass wir Fördermittel systematischer erschließen müssen, um die enormen Investitionsbedarfe unserer Stadt zu stemmen.

Mit etwas viel Verzögerung, aber mit klarer Struktur können wir im kommenden Jahr tatsächlich starten. Das ist ein wichtiger Fortschritt.

Denn jeder Euro, den wir dadurch nicht kreditfinanzieren müssen, entlastet unseren Haushalt unmittelbar und dauerhaft. Das neue Fördermanagement muss ein zentraler Baustein unserer finanziellen Stabilisierung werden.

Ein weiterer Schlüssel ist die Digitalisierung. Digitalisierung ist kein Selbstzweck und auch kein Prestigeprojekt. Sie muss messbar Nutzen stiften. Wir müssen definieren, was wir unter „Digitalisierungsrendite“ verstehen, und wir müssen sie erfassbar machen: in kürzeren Bearbeitungszeiten, in geringeren Sachkosten, in weniger Medienbrüchen, in besseren Services für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen, für Vereine. Nur so wird aus der oft zitierten „digitalen Verwaltung“ eine echte Entlastung für den Haushalt – und eine Verbesserung für die Menschen, die auf unsere Leistungen angewiesen sind.

Wir werden nicht umhinkommen, eine ernsthafte Aufgabenkritik vorzunehmen. Wir müssen uns ehrlich fragen: Welche Aufgaben muss die Stadt Oberhausen tatsächlich in welcher Quantität und Qualität erbringen, um Lebensqualität, Service und Bürgernähe sicherzustellen? Und welche Aufgaben können wir vielleicht anders organisieren, mit Partnern teilen oder neu denken?

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, Dienstleistungen für die Menschen „abzubauen“, sondern darum, sie so zu organisieren, dass sie auch in zehn, fünfzehn Jahren noch finanziell darstellbar sind. Das Ziel von rund fünf Prozent Personaleinsparungen kann nur erreicht werden, wenn wir Aufgaben neu ordnen, Prozesse vereinfachen, digitalisieren und dort, wo es sinnvoll ist, auch externe Expertise hinzunehmen. Ich halte deshalb die Einrichtung einer verwaltungsinternen Projektgruppe für sinnvoll, die sich – bei Bedarf unterstützt durch externe Fachleute – genau mit diesen Fragen befasst.

All diese Maßnahmen werden nur dann Wirkung entfalten, wenn wir sie engmaschig steuern. Wir brauchen ein konsequentes Ergebniscontrolling und die Bereitschaft, aktiv gegenzusteuern, wenn wir merken, dass das Schiff vom Kurs abkommt.

Was wir nicht brauchen, sind schlechtgemachte Gesetze wie die Reform der Grundsteuer. Sie beschäftigt und verunsichert aber derzeit unnötigerweise viele Menschen in unserer Stadt – und sie ist technisch äußerst komplex.

Da ich heute vor unserem Stadtkämmerer spreche, will ich die fachlichen Details bewusst nicht vorwegnehmen. Herr Tsalastras wird später eine Einschätzung der jüngsten Rechtsprechung zur Grundsteuerreform vornehmen.

Mir ist heute etwas anderes wichtig: die politische Linie.

Wir haben im Rat gemeinsam das Ziel festgelegt, die Grundsteuerreform aufkommensneutral für den städtischen Haushalt umzusetzen. An diesem Ziel halten wir fest.

Gleichzeitig ist klar: Das Urteil aus Gelsenkirchen hat neue Unsicherheiten geschaffen. Die Kommunen wissen derzeit nicht zweifelsfrei, welche Bemessungsgrundlagen am Ende rechtssicher sind. Die Landesregierung von Hendrik Wüst hat es versäumt, klare Regeln zu setzen und lässt die Städte mit dieser Verantwortung im Regen stehen.

Ich sage deshalb sehr deutlich:

Wir werden erst dann über die Umsetzung neuer Hebesätze entscheiden, wenn wir die Rechtslage einschätzen können und wir genau wissen, welche Auswirkungen die Reform für die Menschen in Oberhausen hat.

Unser Anspruch bleibt: rechtssicher, transparent und so schonend wie möglich für die Bürgerinnen und Bürger vorzugehen. Wir werden niemanden stärker belasten, als es zur Umsetzung des geltenden Rechts zwingend erforderlich ist.

Dass wir diese Grundsteuerreform bis heute unter Bedingungen fehlender Rechtssicherheit umsetzen müssen, ist auch ein Ergebnis mangelnder Steuerungsfähigkeit der Landesregierung. Wer Reformen vorgibt, muss dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen klar, belastbar und rechtssicher sind.

Meine Damen und Herren,

im Haushaltssicherungskonzept wird es auch Maßnahmen geben, die weh tun, wenn ich zum Beispiel an das große Thema Parkraumbewirtschaftung denke. Aber es wird auch Maßnahmen geben, die genau zeigen, dass wir die Stadt nicht „kaputtsparen“, sondern gezielt stabilisieren. Wir sind durch die Erhöhung der Parkgebühren, der Anwohnerparkausweise und die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungsflächen erst dazu in der Lage auf pauschale Schließungen von Einrichtungen, die das soziale und kulturelle Rückgrat unserer Stadt ausmachen, zu verzichten. Unsere gemeinsame Aufgabe wird es sein, Sparmaßnahmen gezielt zu priorisieren, Effizienzgewinne messbar zu machen und zu realisieren. Es darf keine Denkverbote geben, auch mal neue und für die Verwaltungsstruktur unkonventionelle Wege zu gehen. Das ist ganz sicher anstrengender und herausfordernder, als einfach nur mit dem Rotstift über alle Haushaltsstellen zu gehen – aber es ist verantwortlicher und das sind wir den Oberhausenerinnen und Oberhausenern schuldig.

Aber ich bin mir sicher, dass wir diese große Herausforderung gemeinsam mit großem Engagement angehen werden, um unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Ich verspreche Ihnen persönlich: Jede einzelne Maßnahme des Haushaltssicherungskonzepts wird dahingehend geprüft, wie wir Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich halten können.

Meine Damen und Herren,

bei aller Anstrengung aus eigener Kraft stellt sich die Frage: Wie helfen eigentlich Land und Bund der kommunalen Familie, die in unserem föderal organisierten Staat als unterste Verwaltungsebene diejenige ist, die für Bürgerinnen und Bürger in fast allen alltäglichen Belangen erster Ansprechpartner, ja das Aushängeschild unseres Staates ist?

Hier muss ich ganz klar und mit aller Vehemenz feststellen:

Man hilft den Kommunen nicht, indem man ihnen in Sonntagsreden Vorträge über angeblich mangelnde Sparsamkeit hält, sondern indem man endlich strukturelle Probleme löst!

Die Altschuldenlösung von Bund und Land ist ein wichtiger und richtiger Schritt. Sie gibt uns erstmals seit vielen Jahren wieder Luft zum Atmen. Das gilt auch für die Beteiligung an kommunalen Zukunftsinvestitionen durch das Sondervermögen. Doch diese Schritte sind am Ende nur einzelne Mosaiksteine in einem Gesamtkunstwerk, das nach wie vor zu zerbrechen droht. So deutlich muss ich das hier nochmal unterstreichen. Unser Stadtkämmerer wird im Anschluss die finanziellen und systemischen Hintergründe nochmals detailliert einordnen.

Solange der Bund und das Land den Kommunen Aufgaben übertragen, ohne für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen, werden Städte wie Oberhausen – ebenso wie die weit überwiegende Mehrheit aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen – immer wieder an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit stoßen. Besonders deutlich wird das im Bereich der Sozialkosten. Es ist schlicht inakzeptabel, dass die Kommunen hier einen immer größeren Anteil tragen, während die Instrumente der Steuerpolitik, mit denen diese Kosten eigentlich abgedeckt werden müssten, vor allem auf Bundes- und Landesebene liegen.

Ich will es mit einem Bild sagen, das viele von Ihnen schon kennen aber das dennoch in diesem Zusammenhang nicht an Aktualität verloren hat: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Das Konnexitätsprinzip ist keine unverbindliche Empfehlung, sondern Ausdruck einer gerechten Verantwortungsteilung. Wenn in Berlin oder Düsseldorf Entscheidungen getroffen werden, die direkte Auswirkungen auf unsere Ausgaben haben – etwa bei Bildungs-, Sozial- oder Integrationsleistungen –, dann muss diese Verantwortung

auch finanziell hinterlegt sein. Sonst können wir uns auf den Kopf stellen und werden doch immer wieder in prekäre Finanzlagen geraten.

Es ist kein Zeichen von Führung, wenn man Aufgaben erlässt und Rechnungen weiterreicht.

Und doch, meine Damen und Herren, wäre es falsch, heute nur vom Sparen, von Verzicht und von Risiken und Herausforderungen zu sprechen, mit dem Finger – wenn auch völlig zurecht und notwendigerweise – auf Andere zu zeigen.

Die Menschen in Oberhausen haben ein Recht darauf zu erfahren, was in dieser Stadt trotz aller Schwierigkeiten weiterhin möglich ist – und was konkret vorangeht.

Schauen wir in die Neue Mitte: Dort geht es im wahrsten Sinne des Wortes rund. Die Kräne drehen sich, die Bagger rollen. Karls Erlebnisdorf wird voraussichtlich im Sommer seine Türen öffnen. Diese neue Attraktion wird nicht nur ein zusätzliches Ausflugsziel sein, das Menschen aus nah und fern nach Oberhausen lockt. Sie wird Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, sie wird die Neue Mitte als Freizeit- und Erlebnisstandort weiter stärken und zusätzliche Kaufkraft in die Stadt bringen.

Nur wenige Meter weiter entsteht der neue DECATHLON-Flagship-Store, dessen Grundsteinlegung wir vor wenigen Wochen gemeinsam feiern konnten. Rund 15 Millionen Euro werden hier investiert. Langfristig werden mehr als 100 Arbeitsplätze entstehen. Pro Woche werden 15.000 Besucherinnen und Besucher erwartet. Das ist ein klares Bekenntnis eines international agierenden Unternehmens zu Oberhausen – und ein starkes Signal in einer Zeit, in der – wie ich bereits zu Beginn erwähnte – private Investitionen alles andere als selbstverständlich sind.

Mit der geplanten Snooker-Arena, die ebenfalls am Brammenring in der Nähe von Topgolf entsteht, kommt ein weiterer Baustein hinzu. Auf rund 2.000 Quadratmetern wird Platz für Wettkämpfe und Training auf Profi-Niveau geschaffen. Die Fertigstellung ist für das Frühjahr 2026 vorgesehen. Auch das ist ein Projekt, das Oberhausen auf der Landkarte des Sports und der Freizeitangebote noch sichtbarer machen wird.

In absehbarer Zeit – voraussichtlich 2028 – wird XXXLutz aus dem Schladviertel ebenfalls an den Brammenring in ein modernes, neues Möbelhaus mit rund 33.000 qm Verkaufsfläche ziehen. Die Planungen für die Nachnutzung der Rück-Immobilie und der weiteren Entwicklung des Innenstadtquartiers sind im November mit einer sehr gut angenommenen Bürgerbeteiligungsveranstaltung so richtig in Fahrt gekommen.

Im Gasometer eröffnet im März die neue Ausstellung „Mythos Wald“. Ich bin mir sicher, dass diese Ausstellung an den Erfolg von „Planet Ozean“ mit über 1,5 Millionen Besucherinnen und Besuchern anknüpfen und auch die 19. Ausstellung im Gasometer wieder mal ein voller Erfolg werden wird.

Wir sanieren das städtische Theater und machen damit eine elementare und ebenfalls über die Stadtgrenzen hinaus bekannte kulturelle Einrichtung zukunftsfest.

Diese Beispiele zeigen: Oberhausen ist und bleibt eine Stadt der Chancen. Auch in schwierigen Zeiten gelingt es uns, Projekte anzustoßen, die Strahlkraft entfalten, Investitionen auslösen, Lebensqualität erhöhen und Arbeitsplätze schaffen.

Wir stellen unsere Stadt – trotz klammer Kassen – zukunftsfähig und klimaresilient auf, weil wir Verantwortung tragen für die jungen Generationen genauso wie für alle anderen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Deshalb investieren wir weiter in ganz Oberhausen in die kommunale Infrastruktur – im Großen wie im Kleinen. Im Haushaltsplanentwurf 2026 sind Zukunftsinvestitionen in Höhe von rund 190 Millionen Euro vorgesehen. Das ist kein Luxusprogramm, sondern ein notwendiges Paket, um die Infrastruktur unserer Stadt zu erhalten, zu modernisieren und auf die Herausforderungen der Zukunft auszurichten.

Mit dem Neubau der 6-zügigen Gesamtschule Knappenstraße investieren wir in den nächsten Jahren rund 150 Mio. Euro in Bildung und Chancengerechtigkeit. Moderne, gut ausgestattete Schulen sind das Fundament für gelingende Bildungsbiografien. Sie sind ein zentrales Element kommunaler Daseinsvorsorge, aber auch ein Gebot der Vernunft in einer Stadt, die den strukturellen Wandel meistern will und in der glücklicherweise immer mehr Kinder beschult werden müssen.

Wir investieren in den klimagerechten Umbau der Bahnhofstraße, in die Aufwertung der Marktstraße und des Altmarktes sowie die Umgestaltung des Holtener Marktplatzes. Unsere Innenstädte und Stadtteilzentren brauchen mehr Qualität im öffentlichen Raum, mehr Aufenthaltsqualität, mehr Grün, mehr Nutzungsmischung. Nur dann werden sie wieder Orte der Begegnung, des Handels, der Kultur und des Wohnens sein, die Menschen anziehen statt sie zu meiden.

Auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Sterkrade führen wir die Planung und Entwicklung des neuen Wohn- und Geschäftsquartiers fort. Rund 400 Wohneinheiten sollen hier unter Erhalt wichtiger Grünflächen und Grünstrukturen entstehen. Die Beteiligungsveranstaltungen haben gezeigt, dass es in der Stadtgesellschaft ein großes Interesse an der Umsetzung dieses Projekts gibt und auch ich freue mich, dass es hier voran geht und wir dringend benötigten Wohnraum aber auch Gewerbeflächen generieren werden.

Wir setzen weiter auf beträchtliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr. Straßen müssen in Schuss gehalten werden, Brücken müssen sicher bleiben, der ÖPNV muss verlässlich und attraktiv sein. Wer will, dass Menschen umsteigen, der muss Alternativen schaffen, die funktionieren. Deshalb optimieren wir auch im nächsten Jahr weiter die Radwegeinfrastruktur mit einzelnen Maßnahmen im Stadtgebiet. Gute Mobilität ist kein Selbstzweck, sondern eine Frage von Lebensqualität, Klimaschutz und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit.

Wir nehmen überdies die Sportinfrastruktur in den Blick. Mithilfe von Fördermitteln, die wir nur dann beantragen können, wenn Sie heute die entsprechenden Beschlüsse fassen, wollen wir in den Neubau von Sporthallen in Buschhausen und an der Kuhle investieren. Zudem entsteht auch an der Gesamtschule Knappenstraße eine neue 6-fach-Sporthalle. Sport ist viel mehr als ein Freizeitvergnügen. Er stiftet Gemeinschaft, hält gesund, stärkt das Selbstbewusstsein und die Resilienz von Kindern und Jugendlichen, verbindet Generationen und Kulturen.

Wir werden die Feuer- und Rettungswache 2 in Sterkrade abreißen und neu bauen. Damit setzen wir ein starkes Zeichen für unsere Kolleginnen und Kollegen im Brandschutz- und Rettungsdienst, die jeden Tag rund um die Uhr für die Sicherheit der Oberhausenerinnen und Oberhausener im Einsatz sind. Sie verdienen dafür moderne, verlässliche Arbeitsbedingungen.

Auch an vielen weiteren Stellen – in Quartiersprojekten, in Grünmaßnahmen, in der sozialen Infrastruktur, der Kultur, dem Sport – arbeiten Verwaltung, die SBO, städtische Gesellschaften, freie Träger, Verbände und Vereine Hand in Hand daran, dass Oberhausen heute funktioniert und gleichzeitig fit für die Zukunft wird.

Fit für die Zukunft muss auch die Stadtverwaltung in personeller Hinsicht weiterhin werden.

Deshalb planen wir im kommenden Jahr die Einstellung von 163 Nachwuchskräften: 90 in den klassischen Verwaltungsberufen, 43 im sozialen Bereich, 24 bei der Feuerwehr und 6 in anderen wichtigen Berufsfeldern. Die Einstellungen erfolgen bedarfsgerecht und sind tatsächlich ein Rekord, so wir denn die Stellen tatsächlich besetzen können. Das wiederum ist im interkommunalen Wettbewerb nicht selbstverständlich und erfordert in erster Linie sehr viel Engagement des Fachbereichs Aus- und Fortbildung.

Es ist einerseits eine Reaktion auf den demografischen Wandel – viele Kolleginnen und Kollegen werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Andererseits ist es ein klares Bekenntnis der Stadt Oberhausen: Wir übernehmen Verantwortung für die berufliche Zukunft junger Menschen in unserer Stadt. Wir bieten Ausbildung, Studium, Perspektiven – und wir setzen darauf, dass diese jungen Menschen Oberhausen mitgestalten wollen.

Trotz widrigster Rahmenbedingungen gelingt es uns mit diesem genehmigungsfähigen Haushaltsplanentwurf die wichtigsten Hebel hin zu einer attraktiven und modernen Entwicklung der Stadt Oberhausen umzulegen. Wir sorgen, trotz aller Widerstände dafür, dass unsere Stadt an wirtschaftlicher Stärke gewinnt, eine leistungsfähige Verwaltung bietet und mit einer guten Infrastruktur sowie einem vielfältigen Angebot für Kultur, Sport, Freizeit und Erholung eine beachtliche Lebensqualität bietet.

Meine Damen und Herren,

zum Ende einer solchen Haushaltseinbringung geht es für mich nicht nur um Zahlenreihen und Tabellen. Es geht um das Bild, das wir von unserer Stadt haben – und um die Frage, wie wir gemeinsam mit guten Ideen, guter Kommunikation und konstruktivem Austausch dafür sorgen, dass dieses Bild Realität werden kann.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, mich zu bedanken.

Ich danke allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, des Eigenbetriebs SBO und der städtischen Gesellschaften, die tagtäglich sichtbar und unsichtbar dafür sorgen, dass unsere Stadt insgesamt gut funktioniert und Menschen gerne hier leben und arbeiten.

Ich danke Ihnen, den Stadtverordneten im Rat der Stadt, allen Fraktionen und Gruppen, die sich bereits im Vorfeld mit den Grundlagen beschäftigt haben und sich in den nächsten Wochen und Monaten konstruktiv in die Haushaltsberatungen einbringen werden.

Und ich danke den vielen Menschen in unserer Stadtgesellschaft, in Vereinen und Verbänden, in Kirchen, Initiativen, Projekten und Nachbarschaften. Ohne dieses oft ehrenamtliche Engagement wäre Oberhausen eine andere Stadt. Eine ärmere Stadt – im menschlichen, im sozialen und im kulturellen Sinne.

Meine Damen und Herren,

wir stehen nicht nur vor einer finanziellen Herausforderung. Wir stehen auch vor einer Bewährungsprobe für unsere demokratische Kultur. Es wird in den nächsten Monaten und Jahren Debatten geben, bei denen schonmal die Emotionen hochkochen. Es wird Entscheidungen geben, die Unverständnis auslösen. Es wird Menschen geben, die einfache Antworten versprechen und die Komplexität unserer Situation bewusst ausblenden.

Umso wichtiger ist es, dass wir zusammenstehen. Dass wir gemeinsam Verantwortung übernehmen. Dass wir Fakten erklären und gleichzeitig berechtigte Sorgen ernst nehmen. Dass wir zuhören, bevor wir urteilen.

Wir müssen Desinformationskampagnen und Angriffen auf unsere Demokratie entschieden und gemeinschaftlich entgegentreten – auf der Straße, im Netz, aber auch hier in diesem Ratssaal. Die Art, wie wir miteinander sprechen, prägt die politische Kultur dieser Stadt. Wir werden streiten, das gehört zur Demokratie. Aber wir müssen respektvoll streiten, mit Argumenten, mit der Bereitschaft zuzuhören und auch einmal nachzugeben, wenn das bessere Argument auf der anderen Seite liegt.

Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist schwer. Wir bewegen uns auf einem schmalen Grat: Wir müssen die finanzielle Situation unserer Stadt meistern und gleichzeitig ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Wir müssen konsolidieren und trotzdem investieren. Wir müssen sparen, ohne die Grundlage unserer Stadtgesellschaft zu zerstören.

Ich habe großen Respekt vor dieser Mammutaufgabe. Aber ich bin optimistisch, dass wir sie gemeinsam meistern können. Oberhausen hat in seiner Geschichte mehr als einmal bewiesen, dass diese Stadt Krisen nicht nur übersteht, sondern aus ihnen neue Kraft schöpft.

Ich möchte zum Schluss mit einem Gedanken enden, der mir persönlich wichtig ist. Der frühere Bundeskanzler Willy Brandt hat einmal gesagt: „Die Zukunft wird nicht gemeistert von denen, die am Vergangenen kleben.“

Lassen Sie uns nicht am Vergangenen kleben. Lassen Sie uns aus der Geschichte unserer Stadt lernen – aus ihrem Mut, aus ihrem Zusammenhalt, aus ihrer Fähigkeit zur Veränderung – und gemeinsam die Zukunft im Rahmen unserer Möglichkeiten gestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit – und Glück Auf!